Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
BENJAMIN HAASE
(PRAKTIKANT)

Dezember 2009

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

# Wonderful Copenhagen?

## A Preview of the Upcoming Climate Change Conference

Praktikantenbericht über die Veranstaltung der Heritage Foundation vom 02.12.2009.

Der Fahrplan der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen vom 7. bis 18. Dezember 2009 sieht vor, dass sich die Vertragsstaaten auf eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll von 1997, dessen Bestimmungen nur bis 2012 gelten, einigen. Viele Befürworter des Kyoto-Protokolls hoffen, dass die Klima-Konferenz in Kopenhagen mit einer Vereinbarung abschließt, die verbindliche Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen für die kommenden Jahrzehnte enthält. Gerade von der Obama-Administration hatte man sich entscheidende Impulse erhofft. Doch Ernüchterung hat sich breit gemacht. Die Verhandlungen stecken fest. Es zeichnen sich tiefe Gräben zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ab. Auch im US-Senat sind die Verhandlungen über Maßnahmen gegen die globale Erwärmung festgefahren. Und die Zweifel an der Seriosität vieler wissenschaftlicher Studien reißen nicht ab. Die Chancen für eine globale Einigung in Kopenhagen hätten weitaus besser sein können. Aus diesem Grund lud die Heritage Foundation im Vorfeld der Konferenz zu einer Expertenrunde.

**Harlan L. Watson**, US-Chefunterhändler in Klimafragen, skizzierte zu Beginn den Zeitrahmen. Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ist die 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und das fünfte Treffen im Rahmen des Kyoto-Protokolls. Das Ziel der Klimarahmenkonvention besteht darin, eine gefährliche Störung des Klimasystems zu verhindern. Watson hob hervor, dass die Teilnehmerstaaten aufgrund ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen auch unterschiedliche Verhandlungsziele haben. Länder, in denen die Folgen des Klimawandels in Form von Überschwemmungen und Wirbelstürmen bereits heute die Existenzgrundlage bedrohen, haben beispielsweise angekündigt, radikale Senkungen von Treibhausgasen zu fordern. Von Staaten mit großem Wirtschaftswachstum wie Indien und China vermutet man im Vorfeld, dass diese einer Selbstbeschränkung Widerstand entgegensetzen werden. Andere Länder wiederum verschließen sich gar der Tatsache, dass die globale Erwärmung auf die Emission von Treibhausgasen zurückgeht, und streben an, dass die Konferenz ohne Ergebnis zu Ende geht. USA und China wollen gemeinsam auf einen Erfolg in Kopenhagen hinarbeiten. Laut Watson hätten sich US-Präsident Barack Obama und Chinas Präsident Hu Jintao für einen Plan B ausgesprochen, den Dänemarks Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen ins Spiel gebracht hatte. Demnach soll in Kopenhagen eine fünf-

Konrad Adenauer Stiftung

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**
BENJAMIN HAASE
(PRAKTIKANT)

**Dezember 2009**

www.kasusa.org
www.uspolitik.info
www.kas.de

bis achtseitige politische Erklärung angestrebt werden und in den Folgemonaten am eigentlichen Abkommen weitergearbeitet werden.

**Marlo Lewis, Jr.** ist Senior Fellow am Competitive Enterprise Institute und Experte für globale Erwärmung und Energiepolitik. Er machte in seinem Vortrag deutlich, dass er nicht an ein neues Regelwerk zur Reduktion der weltweiten Treibhause glaubt. Er ist generell der Ansicht, dass die Politik hier wenig bewirken kann: “Negotiations are going nowhere […] Emissions can not be reduced through policy.” Mit Blick auf das Wirtschaftswachstum würde besonders in den USA die Denkweise “limiting our emission means limiting our growth” das politische Handeln prägen.

**Sallie James**, Trade Policy Analyst am Cato Institut, wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass es sich bei dem Klimawandel um ein globales Problem handelt: “Climate change is global, people want a global solution.” Trotzdem müssten die inländischen Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimaveränderungen nicht zwangsläufig im Konflikt mit den Regeln für einen Welthandel stehen. Die bisher von Politikern vorgeschlagenen Maßnahmen seien aber zu komplex, was James damit begründet, dass die Handelspartner versuchen, ihren Spielraum zu ihren Gunsten zu erweitern. Darüber hinaus hätten die meisten verhandelnden Politiker Wahlen zu bestehen: “Everyone is facing the polls.” Deshalb dürfe aber nicht in Vergessenheit geraten, dass es um Maßnahmen zum Schutz der Umwelt geht, so die Expertin.

**Steven Groves**, Bernard and Barbara Lomas Fellow am Margaret Thatcher Center der Heritage Founation, sieht ein mögliches Nachfolgeabkommen als ernsthafte Bedrohung für die Vereinigten Staaten und appelliert an die Obama-Administration, nichts zu unterzeichnen, was die amerikanische Souveränität einschränkt. Groves argumentiert, dass Amerikaner niemanden wählen würden, der zustimmt, dass andere Länder über sie bestimmen. Die Verhandlungsführer sollten entsprechend ihrer Rolle als Repräsentative gerecht werden.